

www.die-linke-of-stadt.de

Für ein Offenbach der Solidarität.

Programm zur Kommunalwahl in Offenbach 2021.

DIE LINKE.

DIE LINKE nutzt das Sternchen, um Frauen,
Männer und Menschen, die sich keinem der
Geschlechter zuordnen, anzusprechen.

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE.Offenbach-Stadt zur Kommunalwahl 2021

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	5
Für ein soziales Offenbach!.....	7
Für ein solidarisches Offenbach!.....	11
Für ein Offenbach in dem man gut und gerne wohnt!.....	15
Für ein bildungsreiches Offenbach!.....	19
Für ein feministisches Offenbach!.....	25
Für ein kinder- und jugendgerechtes Offenbach!	29
Für ein seniorengerechtes Offenbach!.....	33
Für ein barrierearmes Offenbach!.....	36
Für ein mobiles Offenbach!.....	39
Für ein nachhaltiges Offenbach!.....	42
Für ein demokratisches Offenbach!.....	45
Für lebendige Stadtteile in Offenbach!.....	46
Für ein wirtschaftsstarkes Offenbach!.....	49
Für ein digitales Offenbach!.....	52
Unsere Liste im Überblick:.....	58

Präambel

Liebe Offenbacher*in,
du hältst unser Wahlprogramm zur Kommunalwahl im März 2021 in der Hand.

Bereits früh haben wir mit der Kampagne „Offenbach gestalten!“ damit begonnen Ideen für unser Wahlprogramm zu sammeln. Leider hat uns dabei die Corona-Pandemie einen Strich durch die Rechnung gemacht, weshalb wir die Stadtteilgespräche und Rundgänge in ein digitales Format übertragen mussten. Trotzdem wollen wir uns bei all denjenigen bedanken, die sich beim Stadtteilrundgang in Bürgel und Rumpenheim, sowie den Stadtteilgesprächen im Theateratelier Bleichstraße und in unserem Büro im Nordend beteiligt haben, ebenso bei allen Bürger*innen die sich so zahlreich bei der Erarbeitung dieses Programms digital eingebracht haben. Wir konnten aus diesen Veranstaltungen, sowie aus der Onlinebeteiligung viele Ideen in das vorliegende Programm einfließen lassen. #

Offenbach stehen große Herausforderungen bevor. Die Mieten steigen ins Unermessliche. Wir fordern deshalb eine Mietpreisbremse und 30% geförderten Wohnraum bei größeren Neubauprojekten. Gemeinsam mit außerparlamentarischen Initiativen wollen wir dafür streiten, dass diejenigen, die in Offenbach leben wollen sich das Wohnen auch leisten können.

Offenbach wird weiter wachsen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns darum dafür ein, dass dieses Wachstum sozial verträglich und ökologisch verantwortbar ist. Wir setzen und dafür ein, dass Grünflächen, Wald und Wiesen erhalten werden, statt versiegelten Flächen Platz zu machen.

Auch die sozialen Herausforderungen, besonders mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie haben wir im Auge. Mit einem Offenbach Pass und einem besseren Zugang zu Kultur und Bildung wollen wir allen Menschen eine gute Perspektive und gesellschaftliche Teilhabe in Offenbach bieten.

Mit deiner Unterstützung wird es uns möglich sein, weiterhin eine treibende und mahnende Kraft in Offenbach zu sein. Wir werden gemeinsam unseren Beitrag für die Zukunft Offenbachs leisten.

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Nein zur
Armut per Gesetz.
Weg mit Hartz IV!**

DIE LINKE.

Für ein soziales Offenbach!

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gut leben können. Das gilt auch für Menschen mit geringem Einkommen. Dazu brauchen wir günstige Mieten, Sozialtickets, günstigere Eintrittspreise für Freizeit- und Bildungseinrichtungen, die Einrichtung von Begegnungsstätten und die Umsetzung von Kosten der Unterkunft-Richtlinien, die es ermöglichen, dass Menschen in ihren Wohnungen bleiben können.

Menschen brauchen Jobs, von denen sie leben können, ihre Miete bezahlen und ihre Kinder großziehen können. Damit sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, müssen sie die Möglichkeit bekommen, echte berufliche Qualifikationen und Ausbildungsabschlüsse zu erwerben. Deshalb fordern wir, dass die MainArbeit statt Aktivierungsmaßnahmen echte berufliche Qualifizierungen anbietet.

Wohnen ist ein Grundrecht. Das spiegelt sich auch in unserer Politik. Offenbach muss dieses Grundrecht für Alle gewährleisten. Unser zentrales wohnungspolitisches Ziel ist es, allen Menschen zu ermöglichen, sich mit bedarfsgerechtem Wohnraum zu versorgen. Das gilt insbesondere für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Dazu verpflichtet uns auch die hessische Verfassung.

Für viele Menschen ist es fast unmöglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Offenbach braucht eine zentrale Wohnraumvermittlung, bei der die Stadtverwaltung hilft, geeignete Wohnungen zu finden. Wir wollen, dass die Stadt außerdem Wohnungen anmietet und sie

an Menschen weitergibt, die in Notunterkünften leben müssen.

Wo die soziale Durchmischung gefährdet ist, soll die Stadt Offenbach mittels Milieuschutzsatzung und Wahrnehmung des städtischen Vorkaufsrechts gegensteuern. Bei Neubauprojekten von Mietobjekten wollen wir eine Sozialbauquote von 30 Prozent durchsetzen. Die Sicherung dieser verbindlichen Quote sozialen Wohnungsbaus wollen wir bei privaten Bauvorhaben durch planerische und baurechtliche Instrumente mit Belegungsbindung erreichen. Dies soll auch für die Errichtung von Quartieren mit Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern gelten, soweit diese von Bauträgern zur Weiterveräußerung oder -vermietung und nicht für den Eigenbedarf errichtet werden. Die Verfügung über Grund und Boden ist die wichtigste Voraussetzung für eine gemeinwohlorientierte und nachhaltige Stadtentwicklung. Flächen im städtischen Eigentum sollen deshalb gehalten und sukzessive erweitert werden, um Flächen für den Wohnungsbau und soziale Infrastruktur zu sichern.

In Offenbach wurde in den vergangenen Jahren viel hochpreisiger Wohnraum gebaut. Wohnungen für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen sind dagegen immer schwerer zu finden. Wir fordern, dass in Offenbach mehr Wohnraum zu bezahlbaren Preisen und mehr sozial gebundener Wohnraum für alle entsteht. Die bisherige Sozialbindung von Sozialwohnungen wollen wir zukünftig ohne zeitliche Beschränkung festsetzen. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen müssen auch in Offenbach verstärkt angewendet werden, um die Spekulation mit Bauerwartungsland zu verhindern.

Wir treten für den Erhalt, den Ausbau und die Schaffung sowie die soziale Ausrichtung von kommunalen Wohnungsgesellschaften ein. Sie müssen ihren sozialen Aufgaben gerecht werden, indem sie nach dem Auslaufen von Förderungsmitteln auf die gesetzlich möglichen Mieterhöhungen verzichten und mindestens 15 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleiben, bei Neuvermietungen keine Mieterhöhungen vornehmen, sozial gestaffelte Mieten für Geringverdienende, Familien mit Kindern und Rentner*innen mit kleinem Einkommen einführen. Genossenschaftliche Projekte wollen wir auch kommunal besser fördern.

Wir fordern, dass Gruppen, die alternative, soziale und ökologische Wohnprojekte, Baugenossenschaften, Initiativen im Rahmen des Mietshäusersyndikats, Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften, Mietgenossenschaften etc. gründen wollen, durch die Stadt unterstützt werden. Das gilt für die Suche nach geeigneten Grundstücken oder Häusern, aber auch für die rechtliche Beratung zur Umsetzung der geplanten Projekte. Privatisierungen haben gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten verschlechtern. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und endlich wieder vollständig zurück in die öffentliche Hand holen.

Bei öffentlichen Aufträgen ist darauf zu achten, dass diese ausschließlich an Unternehmen vergeben werden, die ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, also tariflich bezahlen, betriebliche Mitbestimmung ermöglichen und in ihren Betrieben ausbilden. Ökologische Gesichtspunkte sind gleichberechtigt mit einzubeziehen.

Wo die Kommunen selbst zu Arbeitgebern werden, muss die Bezahlung nach Tarif und eine unbefristete Beschäftigung Pflicht sein. Tariflose Beschäftigung lehnen wir ab. Statt Niedriglöhnen in unteren Entgeltgruppen wollen wir 15 Euro Mindestvergütung für kommunale Beschäftigte. Offenbach muss zum Vorreiter bei guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen werden.

Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Jeder Mensch hat das Recht auf kulturelle Teilhabe und Zugang zum öffentlichen Leben. Auch die Wahl der Bildungseinrichtung oder des Sportvereins darf nicht von Hürden in der Mobilität beeinträchtigt werden. Auf dem Weg zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr für alle durch eine sukzessive Ausweitung von berechtigten Personenkreisen sollen in einem der ersten Schritte finanziell schlechter Gestellte eine kostenlose Beförderung erhalten. Bis dahin wollen wir in allen Kreisen erschwingliche Sozialtickets durchsetzen. Den Zugang zu Sozialpässen möchten wir erleichtern.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- konsequente Einhaltung der wohnungspolitischen Leitlinien
- Offenbach-Pass für alle Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Bafög, Asylbewerberleistungsentgelt
- Echte berufliche Qualifizierungen bei der MainArbeit
- jährliche Anpassung der Mietkostentabelle auf Basis eines qualifizierten Mietspiegels
- Die Einrichtung einer Beratungsstelle für Wohnungstausch und Umzüge bei der GBO
- Die konsequente Umsetzung der Quote von mindestens 30 Prozent sozialem Wohnraum bei allen Neubauvorhaben
- Eine Erhaltungssatzung (Milieuschutz) für das Offenbacher Nordend
- Abschaffung der Mindestentfernung zwischen Bildungseinrichtung und Wohnsitz für die Rückerstattung der Fahrscheinkosten für Schüler*innen
- Die Rückführung des Sana-Klinikums in städtische Hand
- Aufwertung und Anerkennung von Care- und Reproduktionsarbeiten
- Die Stärkung von Mieterberatungen und Mieterschutzvereinen

www.die-linke-of-stadt.de

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Damit Alle hier
willkommen
bleiben.**

DIE LINKE.

Für ein solidarisches Offenbach!

Es ist selbstverständlich, dass alle Menschen eine Bleibe brauchen, egal wie und wo sie ihr Zuhause verloren haben. Wir treten jedem Versuch entgegen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen gegeneinander auszuspielen. Wollen sich Menschen in einer Stadt oder Gemeinde niederlassen oder brauchen sie eine Unterbringung, muss die Kommune alles dafür tun, ein entsprechendes Obdach zur Verfügung zu stellen und die Neubürger*innen entsprechend in die Gemeinde zu integrieren.

Wir wollen, dass Geflüchtete und ihre Familien grundsätzlich rasch in Wohnungen untergebracht werden. Sammelunterkünfte lehnen wir ab. Eine ausreichende medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung sind ebenso sicherzustellen wie eine unabhängige juristische Beratung. Neben der Umsetzung der Schulpflicht und der Teilnahme an Sprachkursen ist der Zugang zu Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen zu gewährleisten. Dafür muss das Land die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die Kosten für Unterbringung und Integration dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Geflüchtete und sozial benachteiligte Menschen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir begrüßen das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten ausdrücklich. Dieses muss weiter gefördert und unterstützt werden.

Migrant*innen gehören inzwischen zu jeder Kommune dazu. Und das ist gut so, da

dadurch z. B. ein bereichernder Kulturaustausch gefördert wird. Diesen muss die Kommune aber durch die Unterstützung von entsprechenden Angeboten absichern.

Migrant*innen muss zudem die Möglichkeit geboten werden, sich integrieren zu können – durch Deutschkurse, Jobangebote und die Teilhabe an der Kommunalpolitik.

Wir beteiligen uns vor Ort an Bündnissen gegen Rechts. Eine Zusammenarbeit mit Parteien und Gruppierungen, die eine antisemitische, rassistische oder nationalistische Politik betreiben, kommt für uns nicht in Frage.

Wir unterstützen die Forderung nach einem unabhängigen Antidiskriminierungsbüro sowie einem hauptamtlichen Antidiskriminierungsbeauftragten. Aktuell ist der Antidiskriminierungsbeauftragte der Stadt Offenbach nur für Diskriminierung in der kommunalen Verwaltung zuständig. Wir wollen eine Stelle, die für alle Betroffene von Diskriminierung zugänglich ist.

Die Verhältnisse in den Flüchtlingslagern an den EU-Außengrenzen und anderswo sind meist menschenunwürdig. Wir setzen uns dafür ein, dass Offenbach freiwillig Geflüchtete aufnimmt und so einen Beitrag dazu leistet, das Elend zu mindern.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen alle Kundgebungen und Demonstrationen über ein auf Stadtebene eingerichtetes Onlineportal sofort nach Anmeldung öffentlich machen. Das soll es der Zivilgesellschaft ermöglichen, bei Naziaufmärschen aktiv zu werden und Gegenkundgebungen zu organisieren. Die Kommunen sollen sich selbst als Orte der Toleranz verstehen und rechtspopulistischen

wie rechtsextremen Parteien und Organisationen Veranstaltungen in ihren kommunalen Räumlichkeiten verwehren. Aufklärungs- und Begegnungsprojekte wie etwa Zeitzeugengespräche sowie interkulturelle Veranstaltungen sind von den Kommunen zu unterstützen und zu fördern. Um die Vielfalt in der Stadt zu stärken, ist es auch wichtig, die migrantische Selbstorganisation und migrantische Jugendselfstorganisationen (MJSO) in Offenbach zu unterstützen und ihnen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen und ihnen ebenso den Zugang zu Fördermitteln zu gewähren.

Wir setzen uns weiterhin für eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat als Beteiligungsmöglichkeit und Interessenvertretung der ausländischen Mitbürger*innen in Offenbach ein.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Erhalt und Stärkung des Ausländerbeirats
- Stärkung der Migrant*innenselbstorganisation und der migrantischen Jugendselbstorganisation (MJSO)
- Die sofortige freiwillige Aufnahme von unbegleiteten Kindern, Jugendlichen und schwangeren Frauen aus den Flüchtlingslagern an der EU-Außengrenze
- Keine Unterstützung durch städtische Behörden bei Abschiebungen
- Geflüchtete und ihre Familien rasch in bedarfsgerechten Wohnungen unterzubringen und ausreichende medizinische und psychologische Betreuung sicherzustellen
- Ein unabhängiges Antidiskriminierungsbüro und einen hauptamtlichen Antidiskriminierungsbeauftragten mit angemessener finanzieller Ausstattung

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Mietpreise nicht
von Investoren
setzen lassen.**

DIE LINKE.

Für ein Offenbach in dem man gut und gerne wohnt!

In Offenbach wurde in den vergangenen Jahren viel hochpreisiger Wohnraum gebaut. Wohnungen für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen sind dagegen immer schwerer zu finden. Wir fordern, dass in Offenbach mehr Wohnraum zu bezahlbaren Preisen und mehr sozial gebundener Wohnraum entsteht. Die bisherige Sozialbindung von Sozialwohnungen wollen wir zukünftig ohne zeitliche Beschränkung festsetzen.

Für viele Menschen ist es fast unmöglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Offenbach braucht eine zentrale Wohnraumvermittlung, bei der die Stadt hilft, geeignete Wohnungen zu finden. Wir wollen, dass die Stadt außerdem Wohnungen anmietet und sie an Menschen weitergibt, damit Menschen nicht mehr in Notunterkünften leben müssen.

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen gut und nachhaltig leben können. Das gilt auch für Menschen mit geringem Einkommen. Dazu brauchen wir öffentlich geförderten Wohnungsbau, die Einrichtung von Begegnungsstätten und die Umsetzung von KdU-Richtlinien, die es ermöglichen, dass Menschen in ihren Wohnungen bleiben können. Zwangsräumungen darf es nicht geben.

Das spiegelt sich auch in unserer Politik. Unser zentrales wohnungspolitisches Ziel ist es, allen Menschen zu ermöglichen, sich mit bedarfsgerechtem Wohnraum zu versorgen. Das gilt insbesondere für Haushalte mit niedrigem

und mittlerem Einkommen. Wo die soziale Durchmischung gefährdet ist, soll die Stadt Offenbach mittels Milieuschutzzatzung und städtischem Vorkaufsrecht gegensteuern. Wir fordern, dass Gruppen, die alternative Wohnprojekte, Baugenossenschaften oder Initiativen im Rahmen des Mietshäusersyndikats gründen wollen, durch die Stadt unterstützt werden. Das gilt für die Suche nach geeigneten Grundstücken oder Häusern, aber auch für die rechtliche Beratung zur Umsetzung der geplanten Projekte.

Die Wohnverhältnisse bestimmen auch den Familienalltag. Auch zu Hause in der Familie brauchen Kinder deshalb eigenen Raum. Wegen des immer knapper werdenden bezahlbaren Wohnraumes leben immer mehr Kinder mit ihren Eltern in äußerst bedrängten Verhältnissen. Diese Verhältnisse können nicht nur für Spannungen innerhalb der Familien sorgen, sondern sind häufig auch eine Beeinträchtigung für Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder. Wir betrachten das Recht auf Wohnen deshalb auch ganz besonders als ein Kinderrecht.

Wer bereit ist, seine Wohnung mit einer Familie zu tauschen, weil sie vielleicht zu groß für die aktuellen Bedürfnisse ist, soll dabei unterstützt werden. Bei einem solchen Tausch dürfen die Mieten nicht erhöht werden. Die Stadt soll sich in einer begleitenden Kampagne bemühen, bei privaten Vermietern für eine Beteiligung zu werben. Wir wollen zudem, dass es in Offenbach weitere Mehrgenerationenhäuser gibt, in denen man in Gemeinschaft wohnen kann.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Die konsequente Umsetzung der Quote von mindestens 30 Prozent sozialem Wohnraum bei allen Neubauvorhaben gemäß den wohnungspolitischen Leitlinien
- Die Einrichtung einer Beratungsstelle für Wohnungstausch und Umzüge bei der GBO.
- Nutzung von Milieuschutzsatzungen zum Schutz der ansässigen Bevölkerung vor Verdrängung
- Ein Mietentscheid für Offenbach
- Der Ausbau von öffentlichen Räumen, z. B. Stadtteilbüros als Treffpunkte in den Stadtteilen
- Jedes Kind soll unabhängig vom Einkommen der Eltern über ein eigenes Zimmer verfügen

**Mieten
decken!**

**Macht was für
bezahlbaren
Wohnraum.**

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Wir machen
Bildung.
Nicht nur Schule.**

DIE LINKE.

Für ein bildungsreiches Offenbach!

Bildung von 0 bis 100 Jahren – das sollte sich jede Kommune auf die Agenda setzen. Dazu gehört, dass Kitas und Schulen in Wohnortnähe vorhanden und diese auch gut ausgestattet sind, das umfasst Personal, moderne Medien, Möbel....).

Die Volkshochschule ist zentraler Punkt der Erwachsenenbildung in Offenbach. Programme wie "Mama lernt Deutsch" sind für das Zusammenleben und die Chancengleichheit elementar wichtig.

Damit Kinder nicht nur schreiben und lesen, sondern auch schwimmen lernen, ist es nötig, das Waldschwimmbad zu erhalten. Außerdem brauchen wir endlich wieder ein eigenes Offenbacher Hallenbad.

Bildung ist ein grundlegendes Menschenrecht und Voraussetzung dafür, dass sich Menschen selbstbestimmt entwickeln und erfolgreich an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse teilhaben können. Bildung gehört in die öffentliche Hand. Sie muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen.

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass Bildung vom Zugang zu Ressourcen und Möglichkeiten abhängig ist. Dies umfasst auch den Zugang zu digitalen Medien. Alle Schulen brauchen Konzepte, die allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Lerninhalten und die Möglichkeit zur Gestaltung der Bildungsprozesse gewähren. Dies gilt auch für die Kitas. Diese brauchen Konzepte, um auch in Krisenzeiten eine kontinuierliche Bildungsarbeit

zu ermöglichen und zu garantieren, dass Familien die nötige Unterstützung und Begleitung erhalten.

Die frühkindliche Bildung wird immer wichtiger für die Offenbacher Bildungspolitik. Hier werden wichtige Grundlagen für zukünftige Lern- und Bildungsprozesse und die Entwicklung in der Gesellschaft vermittelt. Hierfür ist es auch entscheidend, dass die Kapazitäten ausgebaut werden. Neben dem Ausbau der Kitas ist auch die Kindertagespflege wichtig.

Kinderarmut nimmt leider auch in Hessen immer mehr zu. Oft geht damit die Einschränkung von Teilhabemöglichkeiten und Bildungschancen einher. Kein Kind darf zurückgelassen werden! Kinderarmut zu bekämpfen und allen Kindern und Jugendlichen gleiche Lebenschancen zu ermöglichen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der auch die Kommune ihren Beitrag leisten muss.

Wir stehen für ein anderes Schulkonzept. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Dazu gehört auch eine entsprechende räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen. Den Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten und einem fachgerechten Förder- und sozialpädagogischen Begleitsystem mit entsprechender Personalausstattung wollen wir vorantreiben. Kostenloses, in öffentlichen Küchen gekochtes Essen aus biologischem und regionalem Anbau muss zum Standard jeder Schule und jeder Kindertagesstätte gehören. Dabei sollte Wert auf eine vielfältige und abwechslungsreiche Küche gelegt werden.

Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von den Kindern Schulgeld verlangen, lehnen wir ausdrücklich ab. Solche Schulen stehen in einem schwerwiegendem Widerspruch zu unserer Forderung nach einer Schule für alle.

Zudem streiten wir für die in der Landesverfassung verankerte Lernmittel- und Gebührenfreiheit und das kostenlose Schüler*innenticket.

Bildung findet nicht nur in Schulen und Kitas statt. Wir fordern die Einrichtung von Abenteuerspielplätzen in Offenbach, auf denen man Feuer machen, Hütten bauen und Freiräume genießen kann.

Jugendliche sollen sich an den Schulen frei entwickeln können. Die Vermittlung von Akzeptanz gegenüber Menschen, gleichgültig wie sie sexuell oder geschlechtlich geprägt sind, sowie aller entsprechenden Lebensformen, ist für uns eine wichtige Aufgabe der Schulen. Der staatliche Erziehungsauftrag richtet sich nicht nur auf die Erziehung der Schüler zu einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit, sondern auch auf die Förderung von sozialer Kompetenz im Umgang mit Andersdenkenden und -fühlenden und auf gelebte Toleranz. Die Schulen sollen allen Formen von Diskriminierung entgegentreten und die gegenseitige Rücksichtnahme fördern.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Bildung muss Chancengleichheit gewährleisten, Auslese verhindern und demokratische Gestaltung ermöglichen.
- Inklusive und integrative Gesamtschulen müssen ausgebaut werden.
- Das Sprachangebot in den Offenbacher Kindertagesstätten muss gestärkt werden.
- Projekte gegen Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Homo- und Transphobie sowie weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit müssen an den Schulen vorangetrieben werden.
- Bildung muss inklusiv sein.
- Kinderarmut muss bekämpft werden.
- In Schulen und Kitas muss kostenloses Essen aus regionalem und biologischem Anbau ausgegeben werden.
- Schulen müssen mit besseren Räumen und optimalen Lernmitteln ausgestattet werden.
- Kostenlose Nahverkehrstickets für alle Schüler*innen.
- Hygieneprodukte für Frauen und Verhütungsmittel sollen von den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- keine öffentliche Förderung von Privatschulen, die Schulgeld erheben
- attraktivere Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in Kitas
- Ausbau der Sprachförderungsprogramme in den Offenbacher Kindertagesstätten

Für ein schulstarkes Offenbach!

So, wie sich unsere Gesellschaft weiterentwickelt, müssen sich auch Schulen weiterentwickeln. Unterricht, der die Möglichkeiten digitaler Medien nicht berücksichtigt, verfehlt die Lebensrealität von Schüler*innen vollständig. In Sachen Digitalisierung sind in Offenbach Gymnasien und Berufsschulen zwar schon relativ weit, für alle anderen Schulformen reichen die Ressourcen aber nicht aus. Dies bestärkt den Eindruck eines Mehrklassenbildungssystems. Das verfehlt auch das Ziel der Vorbereitung auf lebenspraktische Aufgaben. Der richtige Umgang mit Medien muss erlernt werden. Statt Handyverbote und Pflicht zur Handschrift müssen digitale Medien und ihre Chancen in den Unterricht einfließen. Hierbei ist auf Chancengleichheit zu achten. Deshalb muss die Schule auch Geräte zur Verfügung stellen können. Außerdem sind Bildungsangebote zum Umgang mit Cybermobbing oder Verhalten im Netz in der heutigen Zeit unabdingbar. Dafür braucht es Datenschutz und Informationsfreiheit. Kompetenz im Umgang mit den gar nicht mehr so neuen Medien muss in allen Schularten wichtiges Bildungsziel sein.

Schüler*innen müssen demokratische und beteiligungsorientierte Prozesse kennenlernen und anwenden können. Damit sich Schüler*innen zu Demokrat*innen entwickeln, ist es unverzichtbar, nicht bloß über Demokratie zu reden, sondern sie auch im Kontext demokratischer Bildung in allen Bereichen umzusetzen. Dabei muss der Stadtschüler*innenrat einbezogen werden.

Außerdem müssen den Schülern reale Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Schule dient Kindern und Jugendlichen immer auch als Lebensraum. Ein Großteil des Tages wird dort verbracht. Demnach muss Schule die Entwicklung von Jugendlichen auch stärker unterstützen. Das betrifft sowohl geeignete Lernräume für selbständiges Lernen oder Hausaufgaben, aber auch Angebote zur Persönlichkeitsbildung oder Hilfe bei der Bewältigung von Lebenskrisen. Ein stärkeres Netzwerk aus Sozialarbeiter*innen ist dafür zwingend erforderlich. Bei der Erstellung etwaiger Konzepte sollen die Schulen unterstützt werden.

Bildungsangebote und extracurriculare Fördermöglichkeiten hängen stark von der Ausstattung der Schulen ab. Deshalb gilt es, den Ausbau der Schulen auch in Offenbach stärker voranzutreiben. Auch Sanierungen müssen dabei berücksichtigt werden. Baufällige und marode Gebäude und Turnhallen vermitteln Schüler*innen nicht den Eindruck von Gleichwertigkeit gegenüber Schüler*innen anderer Schulen und gefährden die Gesundheit von Beschulten und Lehrpersonal. Hierbei ist insbesondere auf Barrierefreiheit zu achten.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Die Ausstattung mit technischen Lehrmitteln an den Offenbacher Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu verbessern
- Angebote zum richtigen Umgang mit sozialen Medien und Cybermobbing flächendeckend einzuführen
- Den Internetzugang an Schulen auf eine Bandbreite erhöhen, die den flächendeckenden Einsatz von digitalen Medien im Unterricht realisierbar macht
- Klassenräte für alle Klassen, aller Schulen und Schulformen einzuführen
- Den Stadtschüler*innenrat zu stärken und zu fördern und reale Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen
- Baufällige oder marode Bildungseinrichtungen zu sanieren
- Erweiterung von Schulbauten, um eine dauerhafte Auslagerung in Klassenraummodule zu vermeiden
- In allen Offenbacher Schulen Lernräume zu schaffen, die für Schüler*innen zur freien Verfügung stehen
- Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Offenbacher Schulen
- Mehr Möglichkeiten des inklusiven Lernens in kleineren Klassen
- Mehr Sport, Kunst, Digitalisierungs- und Kulturangebote an den Schulen
- für alle Schüler*innen zugängliche bedarfsorientierte Nachhilfeangebote
- Klassenfahrten und -reisen ins In- und Ausland für alle Schüler*innen ermöglichen

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Jeder Tag ist
Frauentag.**

Sexismus stoppen!

DIE LINKE.

Für ein feministisches Offenbach!

Noch immer werden Frauen* schlechter bezahlt und sind in kommunalen Gremien und Vorständen weit unterrepräsentiert. Frauen* leisten im Schnitt doppelt so viel Pflegearbeit wie Männer. Daher wollen wir die Kinderbetreuung kommunalisieren, das heißt zum Beispiel die Einführung von flächendeckenden, kostenlosen Kitas mit flexiblen Betreuungszeiten. Des Weiteren wollen wir die Pflege von Angehörigen kommunal stärker unterstützen. Politische Ämter und Mandate sollen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, das gilt insbesondere für die obersten Verwaltungsebenen.

Die Frauenbeauftragte und das Gleichstellungsbüro müssen gestärkt werden. Beide sind mit den notwendigen Mitteln auszustatten. Die Frauenbeauftragte muss ein Mitwirkungsrecht bei allen Vorhaben, welche „das Thema“ Gleichstellung von Frauen* und Männern berühren, haben. Das betrifft fast alle kommunalen Handlungsfelder wie Stadtentwicklung, Wohnen, Kultur, Sport, Beschäftigungsförderung, Bildung, Altern, Kinderbetreuung und ÖPNV.

Frauenhäuser müssen angemessen finanziert werden. Die Anzahl der Plätze im Offenbacher Frauen- und Kinderhaus muss aufgestockt werden. Es darf nicht sein, dass Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlenden Plätzen abgewiesen werden. Die Bewohner*innen des Frauen- und Kinderhauses müssen dabei unterstützt werden, das Erlebte zu verarbeiten und sich ein neues Leben

aufzubauen. Deshalb muss der Stellenschlüssel für das Frauen- und Kinderhaus erhöht werden.

Zudem muss in der Stadt Offenbach eine Beratungsstelle für Betroffene aller Gewaltformen eingerichtet werden.

Sollte eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen wollen, ist ihr auf Wunsch von Seiten der Gesundheitsämter Information und Unterstützung zu gewähren. Für Frauen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen müssen oder wollen, besteht in Hessen eine dramatische Unterversorgung. Wir setzen uns für einen einfachen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und eine wohnortnahe Versorgung von Frauen ein. Dabei ist es auch besonders wichtig, die Beratungsstellen zu unterstützen und sicherzustellen, dass die Berater*innen und die Frauen* vor Übergriffen geschützt werden.

Zu einer konsequenten Gleichstellungspolitik gehört die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Gesellschaft.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Stärkung der Frauenbeauftragten und angemessene finanzielle Ausstattung des Gleichstellungsbüros.
- Politische Ämter und Mandate müssen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.
- Erweiterung der Plätze des Offenbacher Frauen- und Kinderhauses.
- Mehr Fachpersonal für das Frauen- und Kinderhaus.
- Einrichtung einer Beratungsstelle für alle Formen von Gewalt.
- Einfachen Zugang zu Beratungsstellen für Schwangerschaftskonflikte.
- Freien Zugang zu Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln für Schüler*innen, Auszubildende und für Menschen mit wenig Geld.
- Anerkennung und Aufwertung von Reproduktionsarbeit
- Mehr Teilhabe für Frauen* an gesellschaftlichen Entscheidungen
- Bildungs- und Aufklärungsprogramme gegen die Diskriminierung von LGBTIQ*-Menschen
- Gleichberechtigung aller Lebensweisen voranbringen
- Förderung von Gewaltpräventionsprojekten

**Ob Klassik
oder Kneipe:**

**Macht was
für Kultur in
Stadt und Land.**

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.

www.die-linke-of-stadt.de

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Damit Junge
hier alt werden
wollen.**

DIE LINKE.

Für ein kinder- und jugendgerechtes Offenbach!

Kommunen müssen attraktiv für junge Menschen sein bzw. werden. Dazu gehört neben einer breiten Vielfalt an Angeboten von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen auch die Teilhabe an der Entwicklung der Kommune. Auch Kinder und Jugendliche haben Wünsche und Ideen, wie diese aussehen soll. Kinder und Jugendliche sind in alle sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen.

Offenbach ist ihr direktes Lebensumfeld. Jede politische Entscheidung betrifft die Kinder- und Jugendlichen hier direkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche bereits ab 16 Jahren wählen dürfen, und wollen bessere Angebote schaffen, mit denen Jugendliche ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung wahrnehmen können. Das Kinder- und Jugendparlament muss gestärkt und Engagement darin gefördert werden. Das Kinder- und Jugendparlament sollte grundsätzlich mit einem eigenen Budget ausgestattet sein, das im Kommunalhaushalt eingeplant ist und über das das Kinder- und Jugendparlament selbstständig entscheidet. Das Motto jeder Kommune sollte lauten: „Kinder an die Macht!“

Wir wollen, dass perspektivisch jede Kommune selbstverwaltete Jugendtreffs ermöglicht und mit Jugendsozialarbeiter*innen begleitet. Die Selbstorganisation und das Erfahren von Verantwortung und Teilhabe sollen dabei an erster Stelle stehen. Alle Kommunen müssen Jugendbeauftragte benennen, die als klare Ansprechpersonen die Jugendarbeit vor Ort koordinieren und zusammenführen.

Kommunale Kinder- und Jugendschutzkonzepte müssen gestärkt und entwickelt werden, um Kindern und Jugendlichen ihre Schutzrechte in allen Ebenen und Lebensbereichen zu garantieren.

Außerdem braucht es ein Kinder- und Jugendbüro sowie eine kommunale Ombudsstelle für Kinderrechte, die sich dafür einsetzt, dass die Interessen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden und die Meinungen von Vertretungen wie dem SSR, dem SJR und dem KJP eingeholt werden.

Kommunalpolitische Mitbestimmung ist ein wichtiger Aspekt im Erleben demokratischer Prozesse und damit der demokratischen Bildung und Partizipation auch schon junger Menschen, so dass diese selbstwirksam ihr Umfeld gestalten können.

Der Stadtjugendring ist in seinen Kompetenzen als Vertretung der Jugendorganisationen und -verbände zu stärken. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Verwaltung der eigenen Finanzmittel. Die Kinder- und Jugendverbände müssen ihre Veranstaltungen und Angebote (Freizeiten etc.) umsetzen können ohne immer wieder auf bürokratische Hürden zu stoßen. Da diesen auch eine aktive Rolle in der Stärkung und Umsetzung der Kinderrechte zukommt.

Jugendliche müssen bei eigenen Ideen und Initiativen zur Gestaltung oder Schaffung dieser Jugendtreffs von der Stadt unterstützt werden. Für Jugendzentren wollen wir mehr Workshops zu Themen, die die Jugendlichen interessieren. Das können Musikworkshops sein, Sport wie Parours oder Artistik oder Workshops zu anderen Themen, die die Jugendlichen vorschlagen.

Auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mobilität. Als ersten Schritt hin zu einem fahrscheinlosen Nahverkehr für alle fordern wir

kostenlose Tickets für Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Auszubildende für den öffentlichen Nahverkehr. Es bedarf einer stärkeren Förderung von Jugendfreizeiteinrichtungen und kostenlosen Eintritt in Kultureinrichtungen wie Museen und Theater. Auch Musik- und Sportangebote müssen für Kinder und Jugendliche offen und erschwinglich sein.

Die Träger der Kinder- und Jugendarbeit brauchen Räume, in denen sie ihre Veranstaltungen und ihre Bildungsarbeit machen. Ebenso braucht der Stadtjugendring ein Büro, das den Raum bietet, seine Arbeit zu machen und Treff- und Vernetzungspunkt für verschiedene Organisationen zu sein.

Das sogenannte "Haus des Jugendrechts" darf kein Repressionsinstrument sein. Kinder und Jugendlichen darf nicht das Recht auf ein faires Verfahren genommen werden. Minderjährige müssen in ihren Rechten gestärkt werden.

Die Offenbacher Stadtbibliothek sowie die Kinder- und Jugendbibliothek sind für viele Kinder und Jugendliche ein wichtiger Ort, um sich intellektuell und kulturell weiterzubilden. Sie erfüllen aber auch die Funktion eines Lernraums oder stellt für viele sozial benachteiligte Kinder den einzigen Internetzugang dar. Um all diese Aufgaben besser wahrnehmen zu können und um attraktiver für Kinder und Jugendliche zu werden, muss die Stadt die finanzielle und räumliche Ausstattung verbessern. Der Bücherbus muss erhalten bleiben.

Kinder dürfen bei der Stadtplanung nicht vergessen werden. Während es in manchen Bereichen genügend Spielplätze gibt, wird in ärmeren Wohngebieten dem besonderen Bewegungsdrang von Kindern weniger Relevanz zugeschrieben. Meist kläglich ausgestattete

Schulhöfe zu Spielplätzen zu erklären, löst den Mangel an besonders geschützten, speziell auf sie zugeschnittenen Freizeitflächen für Kinder nicht. Hier besteht in Offenbach erheblicher Nachholbedarf.

Bei der Planung von Spielplätzen und bei der Umgestaltung von Spielplätzen muss es auch Angebote für ältere Kinder geben. Es muss mehr Spielstätten wie die Parcours-Trainingsanlage im Senefelder-Quartier geben.

Damit Jugendliche in Offenbach das Gefühl bekommen, als Mitbürger*innen gleichberechtigt behandelt zu werden, ist es wichtig, ihnen Platz im Stadtbild einzuräumen. Orte, an denen Jugendliche ihre Freizeit verbringen können, dürfen nicht systematisch aus dem Stadtbild verschwinden, selbst wenn es sich dabei um eine Parkbank handelt. Aus stadtplanerischer Perspektive dürfen Jugendliche kein Störfaktor sein.

Statt mehr Polizeikontrollen muss die aufsuchende Sozialarbeit ausgebaut werden. Ebenso muss die soziale Arbeit in den Stadtteilen gestärkt werden.

Das Waldschwimmbad ist das einzige Schwimmbad in Offenbach. Wir fordern, dass die Stadt allen Kindern und Jugendlichen freien Eintritt gewährt und mit dem Betreiberverein eine entsprechende Lösung findet.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Längere Öffnungszeiten für die Stadtbibliothek
- Bessere Ausstattung der Stadtbibliothek sowie der Kinder- und Jugendbibliothek
- Mehr Spielplätze in verdichteten Wohngebieten
- Mehr Betreuung und Unterstützung für das Kinder- und Jugendparlament
- Mehr selbstverwaltete Jugendtreffs
- Kostenlosen Eintritt in Museen und Theater
- Günstige Musik- und Sportangebote
- Mehr Möglichkeiten für migrantische Jugendselfstorganisation
- aktive Förderung von inter- und multikulturellem Austausch unter Kindern und Jugendlichen
- Ausbau sozialer Arbeit vor Ort
- Beendigung von Polizei-Repression gegenüber Jugendlichen

www.die-linke-of-stadt.de

Für ein Offenbach der Solidarität.

**In Würde altern.
Selbstbestimmt
leben!**

DIE LINKE.

Für ein seniorengerechtes Offenbach!

Älter zu werden ist eine Herausforderung. Wir wollen, dass Senior*innen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir fordern, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft GBO ein Wohnungstauschprogramm auflegt. Wer bereit ist, seine Wohnung zu tauschen, weil sie vielleicht zu groß für die aktuellen Bedürfnisse ist, soll in der neuen Wohnung eine Miete zahlen, die sich am Quadratmeterpreis der alten Miete orientiert.

Die Stadt soll sich in einer begleitenden Kampagne bemühen, auch bei privaten Vermieter*innen für eine Beteiligung zu werben, um den Pool für Wohnungstausch zu vergrößern. Wir wollen, dass es in Offenbach weitere Mehrgenerationenhäuser gibt, in denen man in Gemeinschaft wohnen kann.

Für viele Menschen ist es sehr wichtig, den öffentlichen Personennahverkehr nutzen zu können, um mobil zu sein.

Das Senior*innenticket innerhalb Offenbachs muss günstiger, und am besten zum Nulltarif angeboten werden. Auch die Preise für Tagestickets müssen für Senior*innen reduziert werden. Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Die öffentliche Beförderung von älteren Menschen, die oft eingeschränkt sind, muss seniorengerecht sein.

Wir fordern, dass im öffentlichen Raum mehr Sitzgelegenheiten aufgestellt werden. Mehr

Bänke sind auch auf den Offenbacher Friedhöfen notwendig. Für viele Menschen ist Mobilität auch eine Frage der Erreichbarkeit von Toiletten. Wir setzen uns dafür ein, dass Restaurants und öffentliche Gebäude in der Innenstadt ihre Toiletten öffentlich ohne Konsumpflicht zur Verfügung stellen. Die Stadt soll dazu in Zusammenarbeit mit "Offenbach Aktiv e.V." und DEHOGA eine Kampagne ins Leben rufen. Wo hierdurch nicht eine ausreichend hohe Dichte von verfügbaren, barrierearmen Toiletten erreicht werden kann, fordern wir die Einrichtung und den Betrieb öffentlicher, kostenloser Toiletten durch die Stadt. Weiteren Abrissen oder Umwidmungen, insbesondere am Grünring, stellen wir uns entgegen. Senior*innen brauchen genügend Begegnungsräume. Wir dürfen nicht zulassen, dass Senior*innen mehr durch Vereinsamung und Altersarmut sozial isoliert werden. Dies ist gerade in Krisenzeiten besonders wichtig.

Der Seniorenrat ist eine Einrichtung, der die Interessen älterer Menschen gegenüber der Stadt vertritt. Wir unterstützen die Forderung, dass der Seniorenrat als Institution in der hessischen Gemeindeordnung verankert wird.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Mehr Mehrgenerationenhäuser in Offenbach.
- Günstigere Fahrkarten, günstigeres Senior*innenticket, bis zum Nulltarif für Alle.
- Mehr Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum.
- Mehr öffentliche Toiletten in der ganzen Stadt..
- Verankerung der Senior*innenräte in der hessischen Gemeindeordnung.
- Mehr Begegnungsstätten für Senior*innen
- Ausbau des Angebots der Telefon- und anderer Seelsorgemöglichkeiten sowie von karitativen Not- und Hilfsdiensten
- Aufwertung und Anerkennung der Pflege von Senior*innen
- Einführung deutlich billigerer oder kostenloser Senior*innentaxis

**Bus, Netz und
Arzt für alle.**

**Macht was für
eine bessere
Infrastruktur.**

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.

Für ein barrierearmes Offenbach!

Wir wollen ein Offenbach, in dem alle Menschen gut leben können. Deshalb müssen Barrierearmut und Inklusion ein Leitbild für die Gestaltung der ganzen Stadt sein.

Bildungseinrichtungen wie z. B. Schulen und Kindertagesstätten müssen barrierearm sein, um echte Inklusion zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nutzungsbarrieren weiter fallen.

Im öffentlichen Raum müssen noch viele Bürgersteige abgesenkt werden, damit sie für Menschen mit Geh- und Bewegungseinschränkungen besser nutzbar sind. Auch der Zustand der Gehwegoberflächen im Stadtgebiet muss künftig mehr Aufmerksamkeit erfahren. Für Menschen, die nicht gut sehen, sind deutliche optische oder akustische Kennzeichnungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Raum notwendig.

Auch Behörden und andere öffentliche Einrichtungen sollen barrierearm sein. Das gilt für die Zugänge, aber auch für ihre Kommunikation. Wir fordern, dass Behörden einfache Sprache benutzen und ihre Informationen und Bescheide verständlich gestalten.

Für Menschen mit körperlichen Einschränkungen ist Wohnraum knapp und sehr teuer. Wir fordern, dass bei Neubauten ein Anteil von 20 Prozent der Wohnungen barrierearm errichtet wird. Diese Wohnungen sollen preisgebunden, also günstig sein.

Es muss uneingeschränkter Zugang zu Weiterbildung geben. Um den gesellschaftlichen Anspruch der Inklusion umzusetzen, muss auch die Kommune diese Fort- und Weiterbildungen finanzieren und ggf. auch selbst ausrichten.

Wichtiger Bestandteil dessen muss eine partizipative, inklusive und wertschätzende Haltung sein. Die zwischenmenschliche Barriere muss überwunden werden, denn wir wollen, dass alle Menschen vollständig an der Gesellschaft teilhaben können.

In der UN-Behindertenrechtskonvention sind die Menschenrechte für Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen präzisiert. Diese gilt es umzusetzen. Generell setzen wir uns dafür ein, dass der kommunale Aktionsplan Inklusion rasch umgesetzt wird. Das ist nur möglich, wenn genug Arbeitszeit der Verwaltung in die Umsetzung fließt. Deshalb fordern wir, dass die Stellen in den zuständigen Behörden entsprechend aufgestockt werden.

DIE LINKE. Offenbach-Stadt will die Vielfalt in der Stadt fördern, da diese als Stärke und Chance verstanden wird. Dabei ist es uns besonders wichtig, die Diversität in dieser Stadt als Bereicherung zu verstehen und Menschen in ihren unterschiedlichen Bedarfen zu unterstützen.

fordert deshalb:

- mehr Barrierearmut für unterschiedlich eingeschränkte und kranke Menschen
- mehr Hilfe zur Selbsthilfe, um die Inklusion zu ermöglichen
- öffentliche Workshops und Seminare zum Austausch mit beeinträchtigten Menschen über Inklusion und Lebensumstände mit dem Ziel des Abbaus von Vorurteilen und Barrieren
- Mehr kostenlose barrierearme öffentliche Toiletten, welche es auch in der Bewegung eingeschränkten Menschen erleichtern, sich länger draußen aufzuhalten.
- Barrierearme Umgestaltung des öffentlichen Raumes
- Einfache Sprache in der Stadtverwaltung etablieren
- Bei Neubauten einen Anteil von 20 Prozent der Wohnungen, die barrierearm errichtet werden
- Rasche Umsetzung des Kommunalen Aktionsplans Inklusion

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Jeder Ort.
Zu jeder Zeit.
Bus und Bahn!**

DIE LINKE.

Für ein mobiles Offenbach!

Mobilität ist ein Grundrecht, das aufgrund seiner zentralen Bedeutung für die Teilnahme an den vielfältigen Aspekten des Lebens in unserer Gesellschaft für alle gewährleistet werden muss. Zugleich ist Mobilität aber auch einer der Haupttreiber des übermäßigen Energie- und Ressourcenverbrauchs.

Nicht erst durch den Bevölkerungszuwachs und die Bebauungsverdichtung der letzten Jahre ist für alle Offenbacher*innen immer sicht- und fühlbarer klar geworden, dass Auto und Lkw schon rein aufgrund des knappen Raumes nur noch eine immer kleiner werdende Rolle dabei spielen können, unsere Verkehrsbedürfnisse zu decken. Aber auch die mit ihnen verbundenen Schadstoff- und Lärmbelastungen gebieten es, auf andere Verkehrsmittel zur Erfüllung der individuellen Mobilitätsbedürfnisse zu setzen. Wir wollen, dass die Stadt ihre Angebote und Infrastruktur so weiter entwickelt, dass mehr und mehr Menschen immer mehr ihrer Wege gerne zu Fuß, per Rad und im ÖPNV unterwegs sind.

Wir fordern deshalb ein gut ausgebautes, barrierefreies und zuverlässiges System des öffentlichen Nahverkehrs in der Hand der Stadt, das steuerfinanziert ist und somit allen kostenlos zur Verfügung steht. Verbindungen und Taktung sind sinnvoll auszubauen, auch über die Stadtgrenzen hinaus. Möglichkeiten zur schrittweisen Ausweitung der Personenkreise derer, die kostenfreie oder besonders günstige Tickets erhalten, wollen wir auf dem Weg zum kostenlosen ÖPNV nutzen. Dabei fordern wir insbesondere ein Bürgerticket für einkommensschwache Bevölkerungskreise, um

ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser zu ermöglichen. Dazu fordern wir, dass der Magistrat auch mit den privaten Veranstalter*innen und Kulturinitiativen eine Vereinbarung trifft, dass öffentliche Verkehrsmittel mit Veranstaltungstickets kostenlos genutzt werden können.

Der Busverkehr in Offenbach muss dabei in kommunaler Hand bleiben. Europaweite Vergaben führen häufig zu einem hohen Druck auf das Lohngefüge, diese Form des Unterlaufens von guten Arbeitsbedingungen lehnen wir ab. Tarifvertragliche Bezahlung des Personals in hochwertigen Arbeitsverhältnissen muss sichergestellt werden.

Wir wollen den Fahrradverkehr auch im städtischen Raum stärken. Fahrradstraßen und ein regionales Radwegenetz sind ein Anfang auf den Weg dorthin. Attraktive und zügige Wegeverbindungen für Radfahrer*innen in die äußeren Stadtteile und darüber hinaus werden aber öfter auf den Magistralen liegen müssen, als dies das aktuelle Konzept vorsieht. Eine ganzjährige Benutzungsmöglichkeit und gute Beleuchtung müssen stets sichergestellt werden. Als gut befahrbare Fahrradwege kommen für uns nur geteerte Wege in Frage.

Um die Attraktivität anderer Verkehrsmittel gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu erhöhen, ist es nötig, Flächen umzuwidmen, die bislang diesem zur Verfügung standen. Insbesondere der Innenstadtbereich wird Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie der Erschließung durch den ÖPNV vorbehalten sein. ÖPNV und Fahrräder / Pedelecs, ergänzt durch Carsharing müssen eine gemeinsame und verzahnte Basis bilden. Die Möglichkeiten zum sicheren Abstellen von Fahrrädern, etwa durch Fahrradbügel, sind so auszubauen, dass sie die

verkehrlichen Beziehungen von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen nicht beeinträchtigen.

Grundsätzlich setzen wir uns für das ökologisch nachhaltige und auch gesellschaftlich wichtige Ideal der "kurzen Wege" ein. Das bedeutet kurze Wege von der Wohnung zur Arbeit, zum Einkaufen sowie zu Kultur und Freizeit. So schaffen wir die Verkehrswende – hin zu einer neuen, nachhaltigen Mobilität.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Einen elektrifizierten öffentlichen Nahverkehr, der mit Öko-Strom angetrieben wird
- Durchfahrtsverbot für LKW in reinen Wohngebieten
- Barrierearmer öffentlicher Nahverkehr
- Ausweitung des Angebots von ermäßigten Tickets mit dem Ziel des Nulltarifs für alle im Nahverkehr
- Verbleib des Busverkehrs in kommunaler Hand.
- eine Machbarkeitsstudie Straßenbahn- und Oberleitungsbusnetz Offenbach
- einheitliche tarifvertragliche Bezahlung in der Mobilitätssparte des Stadtkonzerns
- Ausbau des lokalen und regionalen Radwegenetzes
- Den Ausbau von kostenlosen Bike-Sharing Angeboten
- Eine gesunde Stadtluft für alle
- Unterstützung des Radentscheids Offenbach

**Bus und Bahn
zum Nulltarif.**

**Macht sozial
gerecht mobil
fürs Klima.**

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.

Für ein nachhaltiges Offenbach!

In Zukunft muss jede Entscheidung in Offenbach unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit betrachtet werden. Sei es die lokale Energieversorgung durch erneuerbare Energien, die Bereitstellung von mehr Mitteln für energetische Sanierungen oder die Ablehnungen von Privatisierungen, weil diese für die Nutzer*innen und Kommunen am Ende immer teurer werden. Wir wollen eine Politik, die die Interessen nachfolgender Generationen immer mitdenkt.

Bei der Beschaffung sollen Kommunen vorrangig auf regionale, saisonale und ökologische Erzeugung und Produktion aus Betrieben mit tariflicher und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung achten. Dazu gehört auch ein sicheres Controlling der eigenen Unternehmensgruppe sowie deren Lieferketten.

Bei Bauvorhaben soll Offenbach die Entsiegelung und Renaturierung von Flächen zur Auflage machen. Offenbach muss jeden Ansatz Ressourcen schonenden Verhaltens, Energiesparens und Abfallvermeidung, z. B. durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte, für mittellose Haushalte oder Repair-Cafés unterstützen.

Parks und Grünflächen tragen nicht nur erheblich zur Verschönerung des Stadtbildes bei, sondern dienen auch als Erholungsflächen. Außerdem sorgen sie für eine bessere Lebensqualität und haben in einer nachhaltigen Stadt, wie Offenbach eine sein soll, zentrale Bedeutung.

In den Offenbacher Wäldern finden sich viele Monokulturen. Wir fordern ein neues Nutzungskonzept, das die Artenvielfalt fördert. Die Offenbacher Wälder sollen weitgehend sich selbst überlassen bleiben. Totholz soll im Wald liegen bleiben, denn so entstehen wertvolle Lebensräume für andere Pflanzen, Insekten und weitere Tiere. Das Konzept von Wildnisinseln soll auch auf anderen Grundstücken außerhalb der Bebauungsgrenzen im städtischen Einflussbereich angewendet werden, etwa in Form von Feldholzinseln.

Wichtig ist uns dabei, dass die Natur für Menschen zugänglich bleibt. Der Kontakt zur Natur ist für viele Menschen ein wichtiger Ausgleich zu den Belastungen des Alltags. Die Einrichtung von reinen Naturschutzgebieten, die von Menschen nicht betreten werden dürfen, halten wir nur in Ausnahmefällen für sinnvoll.

Nachbarschaftsgärten oder Urban Gardening Projekte können nicht nur die lokale Selbstversorgung stärken und eine wichtige Ergänzung der Vielfalt innerstädtischen Grüns sein, sondern in der Bevölkerung auch das Bewusstsein für die natürlichen Grundlagen unseres Lebens festigen. Die Stadt sollte daher in allen Stadtteilen mögliche Flächen für solche Projekte identifizieren und entsprechende Initiativen fördern oder selbst ins Leben rufen, etwa über das Quartiersmanagement.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Schultheisweiher als naturnahe Schwimmgelegenheit erhalten bleibt.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Erhalt und Ausbau von Parks und Grünflächen im Stadtgebiet
- Beim Bau von neuen Wohnsiedlungen auf ausreichend Grünflächen zu achten
- In den Offenbacher Wäldern durch Wildnisinseln die Artenvielfalt zu erhalten und zu erweitern
- Den Schultheißweiher als naturnahe Schwimmgelegenheit zu erhalten
- Die Verpflichtung zur Verwendung von Recycling-Papier in allen öffentlichen Gebäuden
- Lokale Energieversorgung durch erneuerbare Energien
- Die Ausrufung des Klimanotstandes in Offenbach
- Die Förderung und den Ausbau von Urban-Gardening-Projekten in den Stadtteilen

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Demokratie in
allen Bereichen.
Teilhabe schaffen!**

DIE LINKE.

Für ein demokratisches Offenbach!

Die Bürger*innen einer Kommune wollen nicht nur alle fünf Jahre ein Kreuz bei der Wahl machen, sondern auch grundsätzlich mitbestimmen, wie sich ihre Kommune entwickelt. Und das sollten sie auch. Nur durch Transparenz und Teilhabe schafft man es, die Bevölkerung einzubeziehen.

Bürgerentscheide, Bürgerhaushalte, Fragestunden, Einwohnerversammlungen – es gibt genügend Werkzeug für mehr Bürgerbeteiligung, die auch von Anfang an genutzt werden sollten. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Verwaltungsinformationen und -vorgänge sollten im Normalfall öffentlich und digital zugänglich archiviert werden. Verträge mit der öffentlichen Hand müssen offengelegt werden. Um echte Transparenz und einen sinnvollen Informationsfluss zu gewährleisten,

sind weitreichende Änderungen in der Informationspolitik erforderlich.

Insbesondere in den Kommunen sollten Menschen schon ab 16 das aktive Wahlrecht ausüben können und unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft wählen und sich selbst zur Wahl stellen dürfen. Politische Ämter und Mandate sowie die obersten Verwaltungsebenen sollten mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Das Sammeln von Unterstützungsunterschriften in großer Zahl für Wahlantritte ist eine unnötige Demokratiebremse und sollte abgeschafft werden.

Menschen, die in Offenbach leben, aber keinen deutschen Pass besitzen, soll das Wahlrecht verliehen werden. Nur so ist eine echte Teilhabe an politischen Entscheidungen für einen großen Teil der Offenbacher Bevölkerung möglich.

Wir wollen, dass Sitzungen von Kommunal- und Kreisparlamenten nicht nur online live übertragen werden, sondern auch öffentlich digital archiviert werden, so dass Bürgerinnen und Bürger sich barrierefrei über Vorgänge informieren können: Wir stehen für den transparenten Staat und mehr Teilhabe an demokratischen Prozessen.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Transparenz und Teilhabe für alle Bürger*innen
- Stärkung der Bürger*innenbeteiligung
- Aktives Wahlrecht für Menschen ab 16
- Sitzungen von Kommunalparlamenten werden online live übertragen
- Wahlrecht für Migrant*innen auf der kommunalen Ebene

Für lebendige Stadtteile in Offenbach!

Die Linke.Offenbach setzt sich seit jeher für eine Stärkung aller Stadtteile und Quartiere ein. Eine gute und leistungsfähige Infrastruktur (Einkaufsmöglichkeiten, Post, Stadtteil-, Jugendzentren, Wochenmarkt etc.) erhöhen die Lebensqualität aller Bewohner*innen. Es entstehen nachbarschaftliche Vernetzungen und zentrale Orte für eine nachhaltige Demokratisierung der urbanen Gesellschaft

Vor Ort finden sich Wissen und Engagement, der Stadtteil ist auch ein Laboratorium für zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen. Das wird durch ein gut ausgestattetes Gemeinwesen und Quartiersarbeit organisiert und unterstützt.

Die Lebens- und Wohnbedingungen in den Offenbacher Stadtteilen sind sehr ungleich. In den innerstädtischen Stadtteilen leben viele

Menschen mit geringem Einkommen, verschiedenen Benachteiligungen, Migrations- und Fluchterfahrungen. Gleichzeitig haben diese Stadtteile in besonderer Weise eine wichtige soziale Aufgabe für die gesamte Stadt. Die Innenstadt ist das administrative, kulturelle und soziale Zentrum für einen Großteil der Stadtbevölkerung. Deshalb hat die Stadt hier eine besondere Verantwortung, für eine gute soziale Infrastruktur zu sorgen und den Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen: durch Förderung von Stadtteilinitiativen und erschwinglichen Kulturangeboten, durch Quartiersräte und eine gut ausgeübte Quartiersarbeit.

Die außenliegenden Stadtteile dagegen sind vielfach von funktionierenden sozialen Strukturen geprägt, die es zu erhalten gilt. Besonders die Ortskerne der Stadtteile müssen als soziale Räume erhalten bleiben. Ortskerne brauchen immer eine grundlegende Infrastruktur, ob in Bürgel, Rumpenheim, Bieber oder in Tempelsee.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Förderung von Stadtteilinitiativen und Mieter*innengruppen
- Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur in den Stadtteilzentren
- Erhalt, Einrichtung und Ausbau von sozialen Treffpunkten, wie Wasserhäuschen, Sitzgelegenheiten und Parkanlagen, aber auch Bürgerhäusern
- Einrichtung von stadtteilübergreifenden Ortsbeiräten
- Stärkung von Bürgerversammlungen als Form der direkten Beteiligung
- Die Einführung von kleinen Wochenmärkten in den Stadtteilen

**Stadt und
Land nazifrei.**

**Macht was für
Zusammenhalt.**

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Eine Wirtschaft
die den Menschen
dient.**

DIE LINKE.

Für ein wirtschaftsstarkes Offenbach!

Offenbach ist auf eine starke, breit aufgestellte wirtschaftliche Basis angewiesen: Von kleinen und mittleren Handwerksunternehmen, über Start-Ups bis hin zu großen Fabriken. Dafür braucht es aber auch eine sinnvolle und nachhaltige Wirtschaftsförderung von Seiten der Stadt. Dies kann aber nicht durch eine geringe Gewerbesteuer geleistet werden. Besonders dann nicht, wenn im Gegenzug die Allgemeinheit mit der Grundsteuer übermäßig belastet wird.

Auch die Ermöglichung von Ansiedlungen durch attraktive Gewerbeflächen, die Hilfe bei der Gewinnung von Fachkräften durch das Bereitstellen von Wohnraum, KiTa- und Schulplätzen, Jobtickets oder die Unterstützung von Gründer*innen bei der Errichtung ihres Unternehmens. Wir setzen uns dafür ein, dass nur noch jene Unternehmen Förderung durch die Kommunen erhalten, die ökologisch nachhaltig wirtschaften, ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen sowie Mitbestimmung im Betrieb ermöglichen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe und die Produktion vor Ort sind zu fördern. Wir wollen eine service- und bedarfsorientierte Ausrichtung der Wirtschaftsförderung, z. B. die Einrichtung eines Online-Portals für Start-Ups und junge Unternehmen mit speziellen Angeboten in den Bereichen Beratung, Unterstützung und Wissensvermittlung.

Die Sparkasse Offenbach, die mit ihrem öffentlichen Auftrag in kommunaler Trägerschaft

dem Regionalprinzip unterliegt, ist ein wichtiger Garant für gut zugängliche Finanzdienstleistungen in Offenbach und für Verbraucher wie Unternehmen wesentliches Element im regionalen Wirtschaftskreislauf. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass sich die Stadt als Träger weiterhin und langfristig der Selbständigkeit der Sparkasse Offenbach verpflichtet sieht. Dazu gehört auch, dass die Stadt sich gemeinsam mit anderen Kommunen und dem Sparkassenverband auf politischer Ebene vehement allen Bestrebungen einer Privatisierung entgegenstellt.

Initiativen jeder Art, die der regionalen Weiternutzung von Waren und der Rohstoffwiederverwertung dienen, sollen, beispielsweise durch das Angebot von Flächen, gefördert werden.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Die Einstellung des Verkaufs städtischer Grundstücke und die Rückbesinnung auf den Einsatz von Erbbauverträgen.
- Wirtschaftsförderungen an betriebliche Mitbestimmung knüpfen.
- Senkung der Grundsteuer bei gleichzeitiger moderater Anhebung der Gewerbesteuer
- Abschaffung des Expertenbeirats Wirtschaftsförderung
- Unterstützung von Unternehmen bei der Einrichtung von Betriebskindertagesstätten in Kooperation mit erfahrenen Trägern
- Erhalt der Selbständigkeit der Städtischen Sparkasse
- Förderprogramme für alternative und regionale Unternehmensgründungen

Löhne rauf!
Damit's für ein
gutes Leben reicht!

DIE LINKE.

Für ein finanziell unabhängiges Offenbach!

Offenbach sollte selbst über seine Finanzen entscheiden können. Dies ist oftmals aber gar nicht mehr möglich, weil die Finanzierung sowie die Gesetze von Bund und Land Offenbach in zu starre Korsette zwingen. Hier muss endlich eine Kehrtwende hin zu mehr Selbstverwaltung und Selbstbestimmung in finanziellen Fragen stattfinden. Kommunen müssen finanziell so ausgestattet sein, dass sie ihre Infrastruktur selbst erhalten und weiterentwickeln können.

Notwendig ist dafür eine gerechtere Steuerpolitik, die hohe Einkommen und auch Vermögen besonders zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht. Wir fordern eine "Millionär*innensteuer" auf Bundesebene, die direkt den Länder- und Kommunalhaushalten zu Gute kommt. Unterbietungswettbewerbe bei der Grund- und Gewerbesteuer sind abzulehnen, genauso aber auch der faktische Zwang für notleidende Kommunen, genau diese Belastungen ihrer Einwohner als einzige ihnen verfügbare Stellschrauben grenzenlos zu erhöhen. Stattdessen braucht es eine Gemeindefinanzierungssteuer, die als originäre Kommunalsteuer das finanzielle Fundament der Kommunen verstetigt und verbreitert.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Neuaufstellung des kommunalen Finanzausgleichs
- Konnexitätsgebot für bundes- und landesverursachte Kosten
- Keine Ausschüttungen von originären Eigenmitteln der Eigenbetriebe und städtischen Gesellschaften
- eine kommunale Abgabe für leerstehende Immobilien
- Keine Privatisierung von städtischen Unternehmen

Für ein digitales Offenbach!

Auf dem Weg zur digitalen Kommune wird eine eigene, lokale Digitalisierungsstrategie nötig. Dabei ist es notwendig, in der Verwaltung Verantwortliche zu benennen und mit der Umsetzung zu betrauen. Offenbach braucht intelligente Verkehrsleitsysteme, digitale barrierefreie Bürgerdienste, mehr Transparenz der öffentlichen Verwaltung durch öffentlich verfügbare Daten und sichere, digitale Energiesysteme vor Ort.

Das fängt an beim Ausbau von technischer Infrastruktur. Breitbandausbau soll nicht nach Wirtschaftlichkeit, sondern nach Bedarf von der Kommune selbst organisiert werden. Flächendeckendes, schnelles Internet muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden. An öffentlichen Plätzen und in allen kommunalen Gebäuden soll offenes, kommunales WLAN eingerichtet werden. Dabei wollen wir vor allem Ideen im Sinne des Freifunk-Projektes fördern.

Wir wollen eGovernance stärken und zentrale Behördengänge online planbar sowie über das Internet verfügbar machen, um u. a. Menschen mit körperlichen Einschränkungen Zugang zu den Diensten der Verwaltung zu ermöglichen, Verwaltungsabläufe zu harmonisieren und schlussendlich Ressourcen zu sparen. Die Angebote dürfen keine Sprachbarrieren erzeugen und sind auch in den gängigsten Fremdsprachen und in einfacher Sprache zu realisieren. Die durch öffentlich vorangetriebene Digitalisierung erhobenen Daten müssen in anonymisierter, datenschutzgerechter Form frei, kostenlos und ohne Einschränkungen als Open

Data allen zur Verfügung stehen. Grundsätze von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten müssen gewahrt bleiben. Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen lehnen wir entschieden ab. Der Verkauf von Daten der Bürgerinnen und Bürger an private Unternehmen muss unterbleiben. Alle Bürger*innen werden auf bestehende Opt-Out-Möglichkeiten hingewiesen.

Die aufblühende Hacker- und Makerspace-Kultur ist die Grundlage neugierigen Experimentierens in der Schnittmenge zwischen Technologie, Wissenschaft und Kunst. Offenbach als Kreativstadt fördert diese Kultur aktiv. Wir fördern den kreativen Umgang mit Technologie und dementsprechend Hacker- und Makerspacebewegungen und deshalb auch weitere Vereine wie den DigitalRetro Park.

Digitalisierung braucht Demokratisierung! Wir setzen uns für die Umstellung der IT-Infrastruktur der Offenbacher Verwaltung, ihrer Eigenbetriebe und des Stadtkonzerns auf freie Software ein. Der konsequente Einsatz offener Software reduziert die laufenden IT-Infrastrukturkosten in erheblichem Maß durch den Wegfall der Lizenzkosten proprietärer Software.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Förderprogramme für alternative und regionale Unternehmensgründungen
- Zugang für alle Menschen in Offenbach zu einem freien, unzensiertem Internet
- Ausbau und Angebot von Breitbandanschlüssen in kommunaler und/oder genossenschaftlicher Hand
- eine barrierefreie "digitale" Verwaltung
- freie Software in Verwaltung, Stadtkonzern und Eigenbetrieben
- Förderung von Initiativen im Digitalbereich
- Einführung einer Informationsfreiheitssatzung

Für ein Offenbach der Solidarität.

**Weil Kreativ
mehr als nur
Wirtschaft ist.**

DIE LINKE.

Für ein kreatives Offenbach!

Offenbach ist eine Stadt mit vielen Künstler*innen, Musiker*innen und Kultureinrichtungen. Der Zugang zu Kultur darf nicht von der sozialen Herkunft oder finanziellen Mitteln abhängen. Deshalb ist eine kommunale Förderung nicht nur durch den einzuführenden Offenbach-Pass und günstigere Eintrittspreise für Konsument*innen, sondern auch direkt für die Kunst- und Kulturschaffenden nötig.

Gerade für Menschen mit geringem Einkommen ist es oft schwer, diesen Zugang zu bekommen. Deshalb fordern wir die Einführung des Offenbach-Passes und günstigere Eintrittspreise, um breiten Bevölkerungsgruppen die Teilhabe am kulturellen und kreativen Leben in Offenbach zu haben. Kultur ist ein wichtiger Teil der Bildung. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche möglichst früh und ungehindert die Möglichkeit bekommen sich mit den verschiedenen Aspekten von Kultur auseinanderzusetzen und kulturelle Techniken zu erlernen. Der Zugriff auf Medien aller Art bildet den wohl zentralsten Anknüpfungspunkt hierfür. Deshalb ist es entscheidend, dass die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek verlängert werden und die Ausstattung der Kinder- und Jugendbibliothek erweitert wird. Auch ist es notwendig, das wichtige Angebot des Bücherbusses aufrecht zu erhalten.

Um das breite Kulturangebot in Offenbach kennenzulernen und auch in Anspruch nehmen zu können, müssen Theater und Museen für Kinder- und Jugendliche kostenlos sein. Es müssen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Kinder- und

Jugendtheaterprojekte zu fördern. Wir wollen die Kooperationen mit den Kitas und Schulen stärken und die Angebote bekannter machen. Auch das JugendKunstMobil ist ein wichtiger Teil der kreativen Bildung in Offenbach. Kunst und Kultur darf nicht nur aus einem wirtschaftlichen Blickwinkel oder im Interesse des Stadtmarketings gesehen werden. Der Zugang zu Kultur gehört vielmehr zum Grundrecht der persönlichen Entfaltung.

Es ist wichtig, dass wir die künstlerische Vielfalt erhalten und auch den Künstler*innen in unterschiedlichen Kunstformen die Möglichkeit geben, sich auszudrücken. Kunstförderung bedeutet nicht, der HfG gerecht zu werden. Es gibt darüber hinaus viele andere Künstler*innen in Offenbach, die nicht aus dem Stadtbild verdrängt werden dürfen und deren Beitrag zur Kultur nicht abgewertet werden darf. Kunst darf nicht auf Kommerz reduziert werden.

Künstler*innen brauchen Raum und Flächen, um ihre Ideen verwirklichen zu können. Sie brauchen Ateliers, wo sie gestalten können. Manche Künstler*innen benötigen aber auch Wände oder Ähnliches für ihre Kunst. So sollten z. B. Graffiti-Künstler*innen mehr legale Sprühflächen zur Verfügung gestellt werden, so dass es ihnen möglich ist, ihre Werke auszustellen, ohne kriminalisiert zu werden.

Musiker*innen brauchen Proberäume und Zugang zu Studios. Diese Räume dürfen ihnen nicht nur zur Zwischennutzung überlassen werden. Sie müssen dauerhaft bestehen, um ein fester Teil von Offenbach zu werden. Künstler*innen müssen in ihrem Schaffen unterstützt werden und dürfen nicht fallen gelassen werden. Die Arbeitsbedingungen in Kunst und Kultur sind meist schon prekär.

In unserer Stadt leben Menschen zusammen, die über eine fast einmalige Vielfalt an

persönlichen Hintergründen und damit auch musikalischen Erfahrungen verfügen. Es fehlt an Strukturen, die gemeinsame Räume zur Pflege, Entwicklung und Aufführung auch traditioneller Musiken geben. Nur mit einer attraktiven, lebendigen Musikszene können auch die Bemühungen der Musikschule, Kinder und Jugendliche an unterschiedliche musikalische Traditionen heranzuführen und sie auf dem Weg zum selbständigen Musizieren zu begleiten, nachhaltig wirksam werden.

Die Arbeit der Musikschule und anderer Träger legt wichtige Grundsteine für die Persönlichkeitsentwicklung von jungen Menschen. Die Musikschule braucht mehr Unterstützung und Kooperationen, um Ihre Angebote näher an die Menschen bringen zu können. Auch hier gilt: der Zugang zu musikalischer Bildung muss für jedes Kind offen sein und darf weder vom Einkommen der Eltern noch von außerordentlichen Begabungen abhängen.

DIE LINKE.

fordert deshalb:

- Zugang zu Kunst und Kultur für alle; Kunst und Kultur sind keine Waren, deren Wert an wirtschaftlichen Maßstäben gemessen werden kann
- Förderung von Theaterprojekten, Verstärkung der Kooperation mit Kitas und Schulen
- Unterstützung für Künstler*innen die von der Corona- Krise betroffen sind
- Mehr Ateliers, Galerien, Proberäume und Flächen für Künstler*innen und Musiker*innen zur dauerhaften Nutzung
- Mehr Aktionsräume für eine aktivistische, kreative Kunst
- Förderung von nicht-kommerziellen Kunst-und Kulturstätten
- Förderung musikalischer Aktivitäten in der ganzen Breite der vorhandenen Traditionen
- Förderung einer lebendigen Musikszene als wichtigem Element einer inklusiven und integrativen Stadtgesellschaft
- stärkere Unterstützung für das Tierheim und den Waldzoo



Unser Team

Macht was für Offenbach.

**14. März
Kommunal-
wahl**

DIE LINKE.

Unsere Liste im Überblick:

Platz 1 - Sven Malsy

Platz 2 - Marion Guth

Platz 3 - Sophie Steiner

Platz 4 - Markus Philippi

Platz 5 - Gizem Erinc-Ciftci

Platz 6 - Peter Schnell

Platz 7 - Maike Reichartz

Platz 8 - Philipp Schumann

Platz 9 - Naomi Sommer

Platz 10 - Tayyab Mohammad

Platz 11 - Lea Rachor

Platz 12 - Andy Uphoff

Platz 13 - Kerstin Philippi

Platz 14 - Alexander Uhlisch

Platz 15 - Edith Korn

Platz 16 - Joshua Zerlik

Platz 17 - Saadet Sönmez

Platz 18 - Alexander Breuning

Platz 19 - Elke Kreiß

Platz 20 - Agnes Stoffels

Platz 21 - Lukas Groß

Platz 22 - Jennifer Weißenbrunner

Platz 23 - Dr. Wolfgang Christian

Platz 24 - Emine Güdük-Diederichs

Platz 25 - Nils Schlesinger

Platz 26 - Nora Lohmiller

Platz 27 - Lars Gunnar Schneider

Platz 28 - Gisela Oldehaver

Platz 29 - Samuel Kölsch

Platz 30 - Andreas Foresto

Platz 31 - Per Oldehaver

Platz 32 - Vincent Gersinska

Platz 33 - Gerd Bertelmann

Gewählt auf der Kreismitgliederversammlung
der Partei DIE LINKE.KV Offenbach-Stadt am
31.10.2020

Kommunalwahlwahlprogramm 2021,
beschlossen durch Mitgliederentscheid
DIE LINKE.KV Offenbach-Stadt
S 2020

Impressum:
DIE LINKE.KV Offenbach-Stadt
Bernardstraße 67
63067 Offenbach am Main
Telefon: 069/25 53 57 03

kreisvorstand@die-linke-of-stadt.de
www.die-linke-of-stadt.de
V.i.S.d.P. Karen Malsy,
Kreisvorsitzende

